

## **Beteiligtentransparenzdokumentation**

**Thüringer Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zum grenzüberschreitenden Abbau von Salzen im Werra-Kalirevier vom 22. März 1996, geändert durch Staatsvertrag vom 8. November 2002**

**Einbringer: Landesregierung**

**(Drucksache 7/2033)**

### **Inhalt**

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligtentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligtentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 18. April 2021

## 1. Drucksache

## **G e s e t z e n t w u r f**

### **der Landesregierung**

#### **Thüringer Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zum grenzüberschreitenden Ab- bau von Salzen im Werra-Kalirevier vom 22. März 1996, geändert durch Staatsvertrag vom 8. November 2002**

##### **A. Problem und Regelungsbedürfnis**

Zwischen dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen besteht ein Staatsvertrag zum grenzüberschreitenden Abbau von Salzen im Werra-Kalirevier. Dieser Staatsvertrag kann nur durch einen Staatsvertrag geändert werden.

Nach Artikel 77 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen bedürfen Staatsverträge der Zustimmung des Landtags.

##### **B. Lösung**

Erlass eines Zustimmungsgesetzes, mit dem die Zustimmung des Landtags zu diesem Staatsvertrag erfolgt.

##### **C. Alternativen**

Keine

##### **D. Kosten**

Mit dem Inkrafttreten des Staatsvertrages und des Zustimmungsgesetzes sind keine Kosten für das Land verbunden.

##### **E. Zuständigkeit**

Federführend ist das Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz.

**FREISTAAT THÜRINGEN  
DER MINISTERPRÄSIDENT**

An die  
Präsidentin des Thüringer Landtags  
Frau Birgit Keller  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Erfurt, den 3. November 2020

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit überreiche ich den von der Landesregierung beschlossenen Entwurf des

"Thüringer Gesetzes zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zum grenzüberschreitenden Abbau von Salzen im Werra-Kalirevier vom 22. März 1996, geändert durch Staatsvertrag vom 8. November 2002"

mit der Bitte um Beratung durch den Landtag in den Plenarsitzungen am 11./12./13. November 2020.

Zu dem Staatsvertrag erklärt die Landesregierung Folgendes:  
Die in Artikel 3 Abs. 2 Satz 3 bestimmte Ausnahme für die Verbindung der Grubenfelder Wintershall und Springen durch Herstellung von zwei Förderbohrungen für die Verlegung und den Betrieb von Rohrleitungen zum Transport von salzhaltigen Produktionsabwässern zum Zwecke des Einstapelns im Grubenfeld Springen entfaltet keine Präjudizwirkung auf die in diesem Zusammenhang notwendigen Genehmigungsverfahren sowie auf eine mögliche Finanzierung von Gefahrenabwehrmaßnahmen im Rahmen der Sanierung von Altlasten aus dem Bergbau der ehemaligen DDR durch den Freistaat Thüringen.

Mit freundlichen Grüßen

Bodo Ramelow

**Thüringer Gesetz  
zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen  
zur Änderung des Staatsvertrages  
zum grenzüberschreitenden Abbau von Salzen im Werra-Kalirevier  
vom 22. März 1996, geändert durch Staatsvertrag vom 8. November 2002**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Dem am 13. Oktober 2020 in Wiesbaden und am 29. Oktober 2020 in Erfurt unterzeichneten Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen zur Änderung des Staatsvertrages zum grenzüberschreitenden Abbau von Salzen im Werra-Kalirevier vom 22. März 1996, geändert durch Staatsvertrag vom 8. November 2002, wird zugestimmt. Der Staatsvertrag wird nachstehend veröffentlicht.

§ 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Staatsvertrag nach seinem Artikel 3 in Kraft tritt, wird von der Präsidentin des Landtags im Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen bekannt gemacht.

**Staatsvertrag  
zwischen  
dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen  
zur Änderung des Staatsvertrages  
zum grenzüberschreitenden Abbau von Salzen im Werra-Kalirevier  
vom 22. März 1996, geändert durch den Staatsvertrag vom 8. November 2002**

Das Land Hessen, vertreten durch den Ministerpräsidenten, und der Freistaat Thüringen, vertreten durch den Ministerpräsidenten, schließen folgenden Staatsvertrag:

**Artikel 1  
Änderung des Staatsvertrages zum grenzüberschreitenden Abbau von Salzen im Kalirevier vom 22. März 1996**

Der Staatsvertrag zum grenzüberschreitenden Abbau von Salzen im Werra-Kalirevier vom 22. März 1996 (HessGVBl. I S. 178, ThürGVBl. S. 73), geändert durch den Staatsvertrag vom 8. November 2002 (HessGVBl. I S. 812, ThürGVBl. S. 486) wird wie folgt geändert:

1. Artikel 2 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

"(3) Vertragsgebiet ist das Gebiet, in dem nach Maßgabe dieses Staatsvertrages künftig Salz abgebaut oder eine Verbindung der Grubenfelder Wintershall und Springen hergestellt werden soll. Es ist in den Karten als solches gekennzeichnet."

2. Artikel 3 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Auf beiden Seiten der nach Absatz 1 bestimmten Markscheide muss zwischen den Grubengebäuden in Hessen und Thüringen ein Sicherheitspfeiler von je mindestens 100 m rechtwinklig gegen die Markscheide gemessen und von der Tagesoberfläche bis zur ewigen Teufe reichend - unverritz bleiben. Die Durchörterung, Schwächung oder der Verhieb des Sicherheitspfeilers und der Markscheide einschließlich der Herstellung von Untersuchungsbohrlöchern ist unzulässig. Hiervon ausgenommen sind die Verbindung der Grubenfelder Unterbreizbach und Hattorf durch die Herstellung eines einzigen Roll-Loches einschließlich der dazu notwendigen Anschlussstrecken und die Verbindung der Grubenfelder Wintershall und Springen durch Herstellung von zwei Förderbohrungen für die Verlegung und den Betrieb von Rohrleitungen zum Transport von salzhaltigen Wässern zwecks Einstapeln im Grubenfeld Springen. Die Auffahrung, der Betrieb und die Verwahrung des Roll-Loches und der Förderbohrungen sowie das Einstapeln haben nach Maßgabe des Bundesberggesetzes und der sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften so zu erfolgen, dass die Barrierefunktion des Sicherheitspfeilers zwischen den hessischen und thüringischen Grubenbauen nach dem Stand der Technik zuverlässig und dauerhaft gewährleistet ist."

3. Artikel 5 Abs. 1 Nr. 1 erhält folgende Fassung:

"1. die Bergbehörde des Landes Hessen zuständig, soweit es sich um betriebliche Maßnahmen über Tage in Hessen oder um Bergbauaktivitäten unter Tage

einschließlich des Roll-Loches und der Anschlussstrecke an das Grubenfeld Hattorf sowie der Förderbohrungen im Grubenfeld Wintershall handelt, die von bereits unter Bergaufsicht des Landes Hessen stehenden Grubengebäuden ausgehen,"

4. Die Anlage 1 und die Anlage 2 einschließlich des Koordinatenverzeichnisses zu den Anlagen 2 bis 4 werden ausgetauscht.

**Artikel 2  
Ratifikation**

(1) Dieser Staatsvertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden ausgetauscht, sobald der Hessische Landtag und der Thüringer Landtag diesem Staatsvertrag zugestimmt haben.

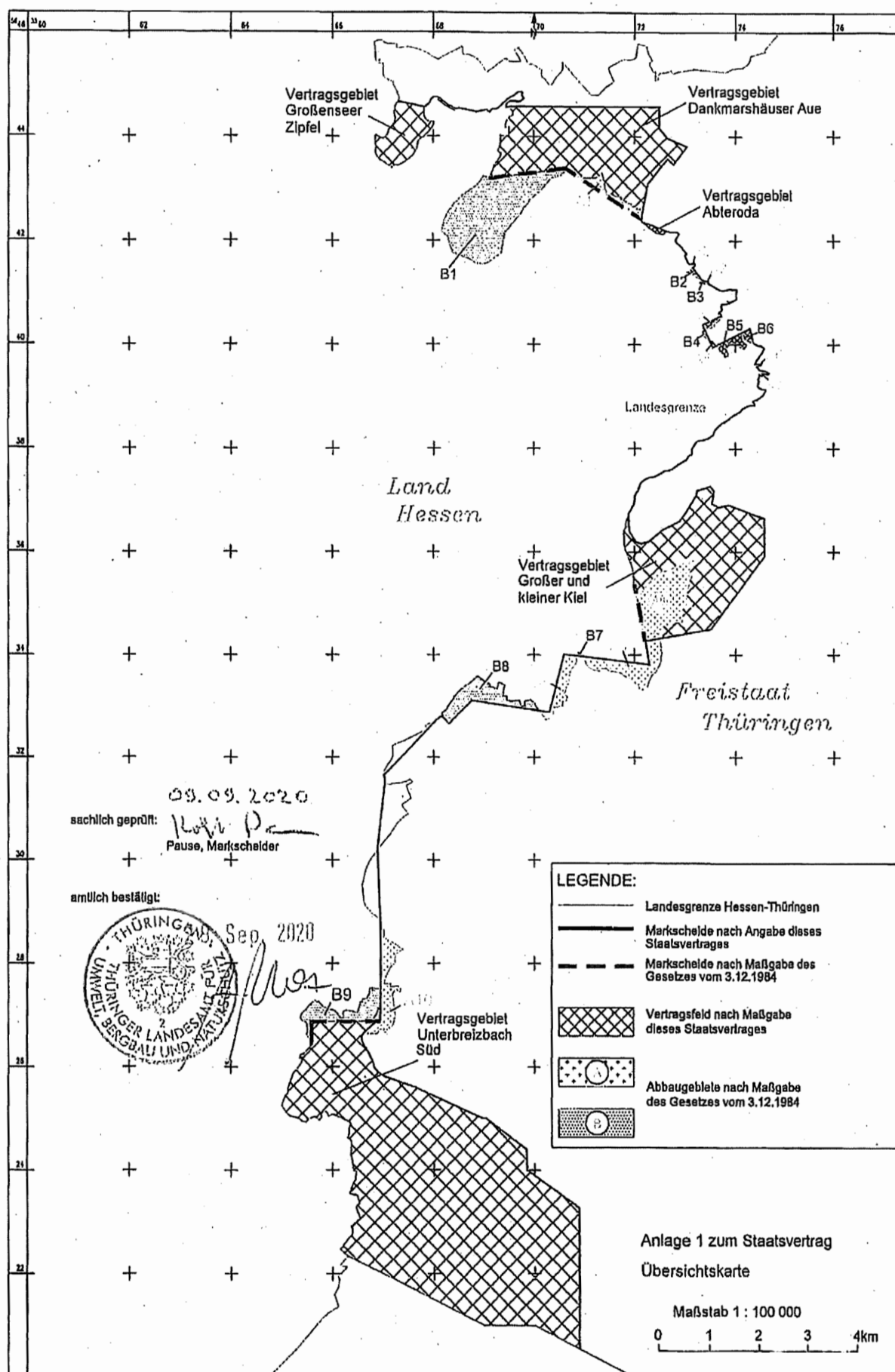
(2) Die Ratifikationsurkunden und die Urschriften dieses Staatsvertrages werden in der Hessischen Staatskanzlei und in der Thüringer Staatskanzlei hinterlegt.

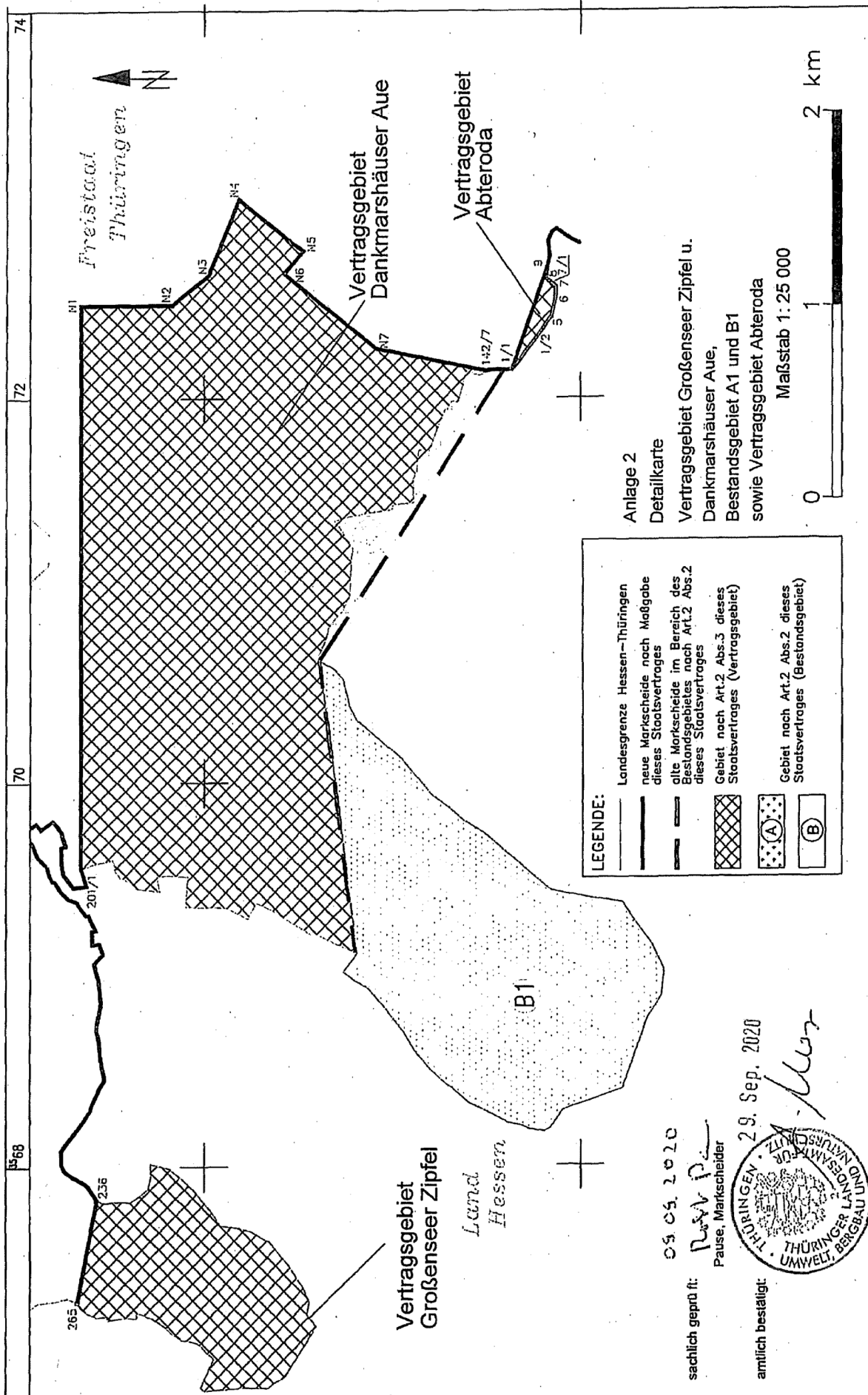
**Artikel 3  
Inkrafttreten**

Der Staatsvertrag tritt am Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Für den Freistaat Thüringen:  
Erfurt, den 29.10.2020  
Bodo Ramelow

Für das Land Hessen:  
Wiesbaden, den 13.10.2020  
V. Bouffier







**Koordinatenverzeichnis zu den Anlagen 2 bis 4**

Koordinaten der Markscheide und der Feldeseckpunkte des Gebietes nach art. 2 Abs. 3 dieses Staatsvertrages – Vertragsgebiet – ( die Gesamtfeldesbegrenzung besteht aus den die aufgeführten Koordinaten verbindenden Linienzügen, dem jeweiligen Teil der Landesgrenze und/oder der alten Markscheide im Bereich des Bestandsgebietes nach art. 2 Abs. 2 dieses Staatsvertrages)

**Vertragsgebiet Großenseer Zipfel**

Pkt.Nr.	Rechts	Hoch	Pkt.Nr.	Rechts	Hoch
265	<sup>35</sup> 67 300,66	<sup>56</sup> 44 668,95	236	<sup>35</sup> 67 828,66	<sup>56</sup> 44 563,82

**Vertragsgebiet Dankmarshäuser Aue**

Pkt.Nr.	Rechts	Hoch	Pkt.Nr.	Rechts	Hoch
201/1	<sup>35</sup> 69 555,00	<sup>56</sup> 44 649,78	N5	<sup>35</sup> 72 761,00	<sup>56</sup> 43 472,00
N1	<sup>35</sup> 72 486,00	<sup>56</sup> 44 649,78	N6	<sup>35</sup> 72 645,00	<sup>56</sup> 43 571,00
N2	<sup>35</sup> 72 486,00	<sup>56</sup> 44 171,00	N7	<sup>35</sup> 72 253,00	<sup>56</sup> 43 087,00
N3	<sup>35</sup> 72 641,00	<sup>56</sup> 43 975,00	142/7	<sup>35</sup> 72 145,10	<sup>56</sup> 42 493,67
N4	<sup>35</sup> 73 028,00	<sup>56</sup> 43 813,00			

**Vertragsgebiet Großer und Kleiner Kiel**

Pkt.Nr.	Rechts	Hoch	Pkt.Nr.	Rechts	Hoch
132	<sup>35</sup> 71 884,84	<sup>56</sup> 36 744,12	M12	<sup>35</sup> 73 226,00	<sup>56</sup> 37 189,00
M1	<sup>35</sup> 71 884,00	<sup>56</sup> 36 529,00	M13	<sup>35</sup> 73 487,00	<sup>56</sup> 37 275,00
M2	<sup>35</sup> 71 835,00	<sup>56</sup> 36 436,00	M14	<sup>35</sup> 73 563,00	<sup>56</sup> 37 189,00
M3	<sup>35</sup> 71 834,00	<sup>56</sup> 36 364,00	M15	<sup>35</sup> 73 518,00	<sup>56</sup> 36 951,00
M4	<sup>35</sup> 72 079,00	<sup>56</sup> 36 113,00	M16	<sup>35</sup> 73 656,00	<sup>56</sup> 36 863,00
M5	<sup>35</sup> 72 176,00	<sup>56</sup> 36 102,00	M17	<sup>35</sup> 73 865,00	<sup>56</sup> 36 911,00
M6	<sup>35</sup> 72 259,00	<sup>56</sup> 36 121,00	M18	<sup>35</sup> 74 028,00	<sup>56</sup> 36 752,00
M7	<sup>35</sup> 72 494,00	<sup>56</sup> 36 361,00	M19	<sup>35</sup> 74 556,22	<sup>56</sup> 36 640,45
M8	<sup>35</sup> 72 596,00	<sup>56</sup> 36 376,00	H	<sup>35</sup> 74 556,22	<sup>56</sup> 35 906,97
M9	<sup>35</sup> 72 692,00	<sup>56</sup> 36 587,00	E	<sup>35</sup> 73 500,00	<sup>56</sup> 34 500,00
M10	<sup>35</sup> 72 860,00	<sup>56</sup> 36 635,00	D	<sup>35</sup> 72 497,29	<sup>56</sup> 34 314,87
M11	<sup>35</sup> 73 005,00	<sup>56</sup> 36 770,00			

## Vertragsgebiet Unterbreizbach Süd

Pkt.Nr.	Rechts	Hoch	Pkt.Nr.	Rechts	Hoch
u	<sup>35</sup> 66 941,21	<sup>56</sup> 26 872,52	S12	<sup>35</sup> 67 616,00	<sup>56</sup> 25 610,00
S1	<sup>35</sup> 66 840,00	<sup>56</sup> 26 857,00	S13	<sup>35</sup> 68 984,00	<sup>56</sup> 24 996,00
S2	<sup>35</sup> 66 640,00	<sup>56</sup> 26 692,00	S14	<sup>35</sup> 69 042,00	<sup>56</sup> 24 996,00
S3	<sup>35</sup> 66 587,00	<sup>56</sup> 26 623,00	S15	<sup>35</sup> 69 842,00	<sup>56</sup> 24 417,00
S4	<sup>35</sup> 66 566,00	<sup>56</sup> 26 579,00	S16	<sup>35</sup> 69 842,00	<sup>56</sup> 24 009,00
S5	<sup>35</sup> 66 568,00	<sup>56</sup> 26 529,00	S17	<sup>35</sup> 70 892,00	<sup>56</sup> 23 272,00
S6	<sup>35</sup> 66 598,00	<sup>56</sup> 26 446,00	S18	<sup>35</sup> 70 892,00	<sup>56</sup> 20 554,00
S7	<sup>35</sup> 66 711,00	<sup>56</sup> 26 263,00	S19	<sup>35</sup> 70 000,00	<sup>56</sup> 21 000,00
S8	<sup>35</sup> 66 789,00	<sup>56</sup> 26 065,00	S20	<sup>35</sup> 69 000,00	<sup>56</sup> 21 000,00
S9	<sup>35</sup> 66 819,00	<sup>56</sup> 25 983,00	363	<sup>35</sup> 66 292,41	<sup>56</sup> 22 333,39
S10	<sup>35</sup> 66 882,00	<sup>56</sup> 25 895,00			
S11	<sup>35</sup> 67 047,00	<sup>56</sup> 25 796,00			

## Vertragsgebiet Abteroda

Pkt.Nr.	Rechts	Hoch	Pkt.Nr.	Rechts	Hoch
1/1	<sup>35</sup> 72 145,10	<sup>56</sup> 42 371,02	7	<sup>35</sup> 72 575,19	<sup>56</sup> 42 133,96
1/2	<sup>35</sup> 72 355,53	<sup>56</sup> 42 203,54	7/1	<sup>35</sup> 72 596,90	<sup>56</sup> 42 161,90
5	<sup>35</sup> 72 420,95	<sup>56</sup> 42 156,89	8	<sup>35</sup> 72 616,94	<sup>56</sup> 42 187,65
6	<sup>35</sup> 72 533,36	<sup>56</sup> 42 132,71	9	<sup>35</sup> 72 677,17	<sup>56</sup> 42 177,91

Sachlich geprüft: 09.09.2020

R. G. P.

Pause

Markscheider

amtlich bestätigt: 29. Sep. 2020



Handwritten signature.

**Begründung zum Landesgesetz:****A. Allgemeines**

Staatsverträge bedürfen nach Artikel 77 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen der Zustimmung des Landtags mittels eines Gesetzes. Nach erfolgter Zustimmung zu dem Staatsvertrag erfolgt der Austausch der Ratifikationsurkunden. Mit diesem Gesetz werden die vertraglichen Regelungen des Staatsvertrags in innerstaatliches Recht transformiert.

**B. Zu den einzelnen Bestimmungen**

## Zu § 1

§ 1 enthält die Zustimmungserklärung des Landtags zu der Änderung des Staatsvertrags und die Festlegung, dass der Staatsvertrag zu veröffentlichen ist.

## Zu § 2

Absatz 1 dieser Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Zustimmungsgesetzes am Tage nach der Verkündung.

Absatz 2 bestimmt, dass der Tag, an dem der Staatsvertrag gemäß Artikel 3 des Staatsvertrags in Kraft tritt - nämlich am Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden - von der Präsidentin des Landtags im Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen bekannt gemacht wird.

**Begründung zum Staatsvertrag:****A. Allgemeiner Teil****I. Zielsetzung und Notwendigkeit des Änderungsabkommens**

Die Änderung des Staatsvertrages zum grenzüberschreitenden Abbau von Salzen im Werra-Kalirevier vom 22. März 1996 (HessGVBl. I S. 178, ThürGVBl. S. 73), geändert durch den Staatsvertrag vom 8. November 2002 (HessGVBl. I S. 812, ThürGVBl. S. 486), verfolgt als Ziel eine Ausnahme von der derzeit unzulässigen Durchörterung des Markscheidesicherheitspfeilers zu ermöglichen.

Seit vielen Jahren wird kontrovers diskutiert, wie die bei der Gewinnung und Fabrikation von Kalidüngemitteln anfallenden flüssigen Produktionsrückstände (sogenannte Salzabwässer) im Werk Werra der heutigen K+S Minerals and Agriculture GmbH entsorgt werden sollen. Es wird darum gerungen, die Belastung der Umwelt vornehmlich durch den Salzeintrag und hier insbesondere in den Vorfluter Werra und deren Unterläufe weiter zu reduzieren und die Wirtschaftskraft der Region, welche vom Kalibergbau ausgeht, zu erhalten.

Als einen Meilenstein in dieser Auseinandersetzung ist dabei die Aufstellung des ersten Bewirtschaftungsplanes mit zugehörigem Maßnahmenprogramm im Jahre 2009 durch die Flussgebietsgemeinschaft Weser (kurz: FGG Weser) zur Salzreduzierung der Werra und der Weser anzusehen. Damit wurden zahlreiche Aktivitäten eingeleitet, um möglichst zeitnah ein wirksames Maßnahmenpaket zur weiteren Verringerung der Salzbelastung zusammenzustellen, abzustimmen und zur Umsetzung zu bringen. Mit dem zweiten Bewirtschaftungsplan und Maßnahmenprogramm "Salz" für den Zeitraum 2015 bis 2021 wurde als Produkt der engen fachlichen und umweltpolitischen Zusammenarbeit der sieben Anrainerlande eine Maßnahmenkombination unter dem Namen "Masterplan Salzreduzierung" festgelegt, mit der die Einhaltung vorgegebener Zielwerte im Oberflächengewässer gesichert sowie die Einhaltung des Verschlechterungsverbotes im Grund- und Oberflächengewässer gewährleistet wird und eine nachteilige Veränderung der Beschaffenheit des Grundwassers nicht gegeben ist. Dieser "Masterplan Salzreduzierung" umfasst zur Erreichung der für das gute ökologische Potential der Oberflächenwasserkörper der Weser einzuhaltenden Richtwerte drei zentrale Maßnahmen. Im Einzelnen sind das die Inbetriebnahme einer Kainit-Kristallisations-Flotationsanlage (KKF-Anlage), das Einstapeln und der Versatz unter Tage sowie die Haldenabdeckung zur Reduzierung und Vermeidung von Haldensalzabwässern.

Mit dem aktuellen Bewirtschaftungsplan hat die FGG Weser auch festgelegt, dass ab 2028 keine Salzabwässer aus der Kaliproduktion mehr in die Werra eingeleitet werden dürfen. Bis dahin muss die Salzabwassereinleitung schrittweise verringert werden. Das Unternehmen benötigt diesen Zeitraum, um seine Produktion anzupassen, den Salzabwasseranfall zu verringern, aber auch alternative Entsorgungsmöglichkeiten zu entwickeln. Zum Ende des Jahres 2021 muss aber das Unternehmen die Versenkung der Salzabwässer in den Untergrund beenden. (vgl. [www.fdd-weser.de](http://www.fdd-weser.de); Thema: Handlungsfeld Salz)

Ab dem Jahr 2022 wird dann für die notwendige Entsorgung der weiterhin bei der Produktion anfallenden Salzabwässer von der K+S Minerals and Agriculture GmbH ein lokales Entsorgungskonzept favorisiert, welches vorsieht, diese zukünftig weiter anzureichern und in Teilen des

Grubenfeldes Springen einzustapeln. Damit soll gewährleistet werden, dass die Entsorgungssicherheit für die laufende Kaliproduktion bis zum Ende der Gewinnung voraussichtlich im Jahr 2060 hergestellt wird.

Ein weiterer Aspekt ist, dass auf Thüringer Seite des Werkes Werra der K+S Minerals and Agriculture GmbH seit mehr als 30 Jahren an der Sanierung von Altlasten aus dem ehemaligen Bergbau der DDR gearbeitet wird. Hierzu gehört auch insbesondere die ehemalige Grube Springen. Aufgrund von Salzlösungszuflüssen aus dem tieferen Untergrund, welche seit mehreren Jahrzehnten anhalten, besteht dort die Notwendigkeit, Gefahrenabwehrmaßnahmen durchzuführen, um künftige Schäden an der Tagesoberfläche dauerhaft zu vermeiden. Die Kosten von Gefahrenabwehrmaßnahmen trägt die öffentliche Hand. Eine entsprechende Verpflichtung hat die Treuhandanstalt im Jahr 1993 übernommen. Der Freistaat Thüringen hat mit dem Generalvertrag von 1999 mit der BvS die weiteren Zahlungen übernommen. Ihre Abwicklung ist Gegenstand eines Freistellungsvertrages von 1999, nach dessen Maßgabe der Freistaat Thüringen derzeit die Kosten des Abpumpens erstattet. Geltung, Reichweite und Inhalt dieser Verträge sind derzeit Gegenstand einer gerichtlichen Auseinandersetzung.

Alle Anstrengungen, die über einen Zeitraum von mittlerweile 50 Jahren hinweg unternommen worden sind, um den Hauptlösungszufluss zu stoppen, sind bislang gescheitert. Dabei wurden alle bekannten Verfahren angewendet, zuletzt das Verfahren der sogenannten Mineralsynthese, einem Verfahren zur Vergipsung von Klüften im Gebirge. Die einzig wirksame Variante besteht bislang in der Sicherung durch Abpumpen auf Ewigkeit. Zumindest aber solange, bis die Grube durch natürliche Prozesse zusammengedrückt ist. Das würde nach heutiger Kenntnis einige Tausend Jahre dauern.

Die Grube ist heute aber soweit gesichert, dass keine akute Gefährdung für die Tagesoberfläche ausgeht. Die Zuflüsse werden derzeit durch Abpumpen und Abfördern nach Übertage beherrscht.

Eine Einstapelung von Abwässern in Form hochkonzentrierter Salzlösung könnte diese Gefahrenabwehrmaßnahme überflüssig machen, weil die eingestapelten konzentrierten Abwässer einen Gegendruck gegen die natürlichen Zuflüsse aufbauen können. Auf diese Weise soll der natürliche Salzlösungszufluss eingedämmt und dauerhaft zurückgedrängt werden.

Oberstes Kriterium für den beschriebenen Entsorgungsweg ist die dauerhafte Standsicherheit der Grube Springen. Die vorgesehene Zusammensetzung der einzubringenden Salzabwässer ist so gewählt, dass das vorhandene Grubengebäude nicht beschädigt wird. Die bislang hierzu vorliegenden Gutachten und Untersuchungsergebnisse bestätigen die Machbarkeit dieser Variante.

Diesen Synergieeffekt nutzend ergäbe sich ein nachhaltiger Entsorgungsweg für die Salzabwässer, was wiederum einen Mehrwert für die Gesellschaft, für das Unternehmen, für die Arbeitsplätze im Werra-Kalirevier und die schon so lange angestrebte und zwingend nötige Entsalzung der Werra und ihrer Unterläufe darstellen würde.

Für den Transport der Salzabwässer von ihrem Entstehen bis zum Ort des Einstapelns wurden durch das Unternehmen in einem Variantenvergleich verschiedene technische Szenarien verglichen. Als optimale Variante wurde dabei der untertägige Transport über Rohrleitungen herausgearbeitet. Vorteilhaft gestaltet sich die untertägige Verlegung der

Transportleitungen, da weniger technisch aufwendig, nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch umweltschonender, unter anderem auch wegen der Aushaltung des Grünen Bandes und der Vermeidung verschiedener bautechnischer Eingriffe in Natur und Landschaftsbild. Zudem wären die kilometerlangen Rohrleitungen weitgehend frei von Temperatureinflüssen, da schon relativ geringe Temperaturdifferenzen die Fließ- und Kristallisationseigenschaften der hochkonzentrierten Salzlösungen negativ beeinflussen können.

Ein Hindernis für den Rohrleitungstransport stellt der Markscheidesicherheitspfeiler zwischen dem hessischen Teil und dem thüringischen Teil des Bergwerkes dar. Dieser, überwiegend unterhalb der Landesgrenze verlaufende, nicht bergmännisch genutzte Lagerstättenteil hat die Aufgabe zwischen den thüringischen und den hessischen Grubenbauen eine dauerhaft sichere Trennung zu gewährleisten. Ein Markscheidesicherheitspfeiler begrenzt über seine Barrierewirkung im Falle einer Havarie die Auswirkungen auf das unmittelbar betroffene Grubenfeld.

Wegen seiner Bedeutung für die Sicherheit der Gruben während des Betriebes und für die Nachbetriebsphase sowie insbesondere für die Langzeitsicherheit der Untertage-Deponie Herfa-Neurode wurden seine Dimensionierung und das grundsätzliche Verbot seiner Verritzung (Abbau, Durchbohrung etc.) in einem Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Thüringen und dem Land Hessen festgelegt.

Der Markscheidesicherheitspfeiler soll nun zusätzlich mit zwei separaten Förderbohrungen durchbohrt werden, um zwei Rohrleitungen hindurchzuführen, über die die hochkonzentrierte Lösung vom hessischen Teil des Bergwerkes in das Grubenfeld Springen gepumpt werden kann. Ferner muss für eine optimierte Trassenführung die untertägige Markscheide (Grubenfeldgrenze) lokal verlegt werden, wodurch sich die Lage der beiderseits dieser Grenze befindenden Teile des Trennpfeilers ändert, ohne dass dabei die Abmessungen dieses Pfeilers reduziert werden. Die Barrierewirkung des Markscheidesicherheitspfeilers wird somit nicht geschwächt.

Das Durchbohren (sogenannte Durchörterung) ist gemäß geltendem Staatsvertrag unzulässig. Eine Ausnahme bildet das mit Staatsvertragsänderung im Jahr 2002 vereinbarte Förderrollloch zwischen der Grube Unterbreizbach und der Grube Hattorf zum Zwecke des untertägigen Transports von Rohsalz, welches sich zirka 13 Kilometer südwestlich vom vorgesehenen Durchstoßpunkt der Bohrungen entfernt befindet. Für dessen Realisierung wurden umfangreiche sicherheitstechnische Maßnahmen und Festlegungen getroffen, die einerseits einen sicheren Betrieb, aber auch in der Zukunft einen sicheren Verschluss gewährleisten sollen. Gleiche Maßstäbe sind für die geplanten Förderbohrungen heranzuziehen.

Deshalb wurde die Integrität des Markscheidesicherheitspfeilers Wintershall/Springen bzw. der Baufeldgrenze Springen/Merkers gutachterlich bewertet. Eine ausreichende Sicherheit bei Ansatz einer mehrfachen Konservativität wäre demnach gewährleistet. Für die Förderbohrungen wurde gutachterlich eingeschätzt, dass ein langzeitsicherer Verschluss jederzeit möglich ist. Ein solcher Verschluss könnte demnach bei Bedarf auch in relativ kurzer Zeit erfolgen.

## II. Wesentliche Regelungsinhalte

Der Staatsvertrag zum grenzüberschreitenden Abbau von Salzen im Werra-Kalirevier vom 22. März 1996 (HessGVBl. I S. 178, ThürGVBl. S. 73), geändert durch den Staatsvertrag vom 8. November 2002 (HessGVBl. I S. 812, ThürGVBl. S. 486) soll dahin gehend geändert werden, dass die Erweiterung wegen der Verlegung der untertägigen Markscheide (Grubenfeldgrenze) um das Vertragsgebiet Abteroda berücksichtigt und die Herstellung von zwei Förderbohrungen durch den Markscheidesicherheitspfeiler als weitere Ausnahme bezüglich der als unzulässig vereinbarten Durchörterung aufgenommen werden.

### B. Besonderer Teil

#### Zu Artikel 2 Abs. 3

Das Vertragsgebiet wird um das Gebiet ergänzt, in dem die Verbindung der Grubenfelder Wintershall und Springen mittels Förderbohrungen hergestellt werden soll. Die Kennzeichnung erfolgt in der Anlage 1 (Übersichtskarte) und in der Anlage 2 (Detailkarte) durch Hinzufügen des Vertragsgebietes Abteroda mit dem geänderten Verlauf der Markscheide sowie der zusätzlichen Aufnahme der Koordinaten des Vertragsgebietes Abteroda im Koordinatenverzeichnis zu den Anlagen 2 bis 4.

#### Zu Artikel 3 Abs. 2

Die Regelung der Unzulässigkeit einer Durchörterung des Markscheidesicherheitspfeilers wird um eine weitere Ausnahme ergänzt, in dem die Verbindung der Grubenfelder Wintershall und Springen durch Herstellung von zwei Förderbohrungen für die Verlegung und den Betrieb von Rohrleitungen zum Transport salzhaltiger Wässer zum Zwecke des Einstapelns in das Grubenfeld Springen aufgenommen wird.

#### Zu Artikel 5 Abs. 1 Nr. 1

Die Änderung regelt die Zuständigkeit der hessischen und thüringischen Bergbehörden und definiert deren Schnittstelle für die Herstellung und Betrieb der Förderbohrungen.

#### Artikei 2 - Ratifikation

Für die Wirksamkeit des Vertrages ist die Zustimmung durch den Thüringer Landtag einzuholen. Hierzu bedarf es der Verabschiedung des zugehörigen Zustimmungsgesetzes.

#### Artikel 3 - Inkrafttreten

Ziel ist das Inkrafttreten mit Austausch der Ratifikationsurkunden. Die Änderung des Vertrages bedarf aber zum Inkrafttreten jeweils parlamentarischer Verfahrensschritte zur Verabschiedung des zugehörigen Zustimmungsgesetzes durch den Thüringer Landtag. Erst wenn diese Verfahrensschritte erfolgreich abgeschlossen sind und dies der Thüringer Staatskanzlei angezeigt wurde, kann der Staatsvertrag mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgen und somit der Vertrag in Kraft treten.

## **2. Vom Einbringer übersandte Daten**

Gemeinde- und Städtebund Thüringen

Industrie- und Handelskammer (IHK) Südthüringen

Verband Bergbau, Geologie und Umwelt e.V. (VBGU)

Verband der Kali- und Salzindustrie e.V. (VKS)

**Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.**



**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zum grenzüberschreitenden Abbau von Salzen im Werra-Kalirevier vom 22. März 1996, geändert durch Staatsvertrag vom 8. <span style="float: right;">+</span>		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
	Name	Organisationsform
	Gemeinde- und Städtebund (GStB)	e.V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14
	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)</small>	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <span style="margin-left: 100px;"><input type="checkbox"/> Wohnadresse</span>	
	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort		

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	kommunaler Interessenverband	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie</b> kurz die <b>wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- kommunale Belange betroffen - es sollten die betroffenen Gemeinden sowie die Bevölkerung vor Ort unmittelbar einbezogen werden	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation <b>zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zum grenzüberschreitenden Abbau von Salzen im Werra-Kalirevier vom 22. März 1996, geändert durch Staatsvertrag vom 8. <span style="float: right;">+</span>		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Industrie- und Handelskammer Südthüringen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnhofstraße 4 - 8
	Postleitzahl, Ort	98527 Suhl
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> <b>Geschäfts- oder Dienstadresse</b> <input type="checkbox"/> <b>Wohnadresse</b> (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in Südthüringen und die Etablierung der Region als leistungsstarker Wirtschaftsstandort. Neben einer entsprechenden Standortpolitik gehören hierzu Maßnahmen auf den Gebieten der Innovation und	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- keine Vorbehalte oder Einwände gegen das Vorhaben - Die dargestellten Maßnahmen sind sowohl aus ökonomischer als auch aus ökologischer Sicht als sinnvoll einzuschätzen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zum grenzüberschreitenden Abbau von Salzen im Werra-Kalirevier vom 22. März 1996, geändert durch Staatsvertrag vom 8. <span style="float: right;">+</span>											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Verband Bergbau, Geologie und Umwelt (VBGU)</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Poststraße 30</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>10178 Berlin</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Verband Bergbau, Geologie und Umwelt (VBGU)	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Poststraße 30	Postleitzahl, Ort	10178 Berlin
	Name	Organisationsform									
	Verband Bergbau, Geologie und Umwelt (VBGU)	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Poststraße 30									
Postleitzahl, Ort	10178 Berlin										
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse            (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)         </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Die Mitgliedsunternehmen des bundesweit agierenden VBGU repräsentieren einen breiten Querschnitt der nationalen und internationalen Bergbau- und Rohstoffbranche.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie</b> kurz die <b>wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Eine Rückmeldung seitens der Mitgliedsunternehmen in Thüringen ist nicht erfolgt, so dass der VBGU keine gesonderte Stellungnahme abgegeben hat.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	



7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation <b>zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zum grenzüberschreitenden Abbau von Salzen im Werra-Kalirevier vom 22. März 1996, geändert durch Staatsvertrag vom 8. <span style="float: right;">+</span>											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Verband der Kali- und Salzindustrie (VKS)</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Reinhardstraße 18a</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>10117 Berlin</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Verband der Kali- und Salzindustrie (VKS)	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Reinhardstraße 18a	Postleitzahl, Ort	10117 Berlin
	Name	Organisationsform									
	Verband der Kali- und Salzindustrie (VKS)	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Reinhardstraße 18a									
Postleitzahl, Ort	10117 Berlin										
2.	<p>Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse                      (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)                 </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Als Wirtschafts- und Arbeitgeberverband vertritt der VKS die deutsche Rohstoffwirtschaft mit ihren mineralischen Rohstoffen Kali und Salz.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie</b> kurz die <b>wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Der VKS begrüßt die Änderung des Staatsvertrages. Die Einstapelung unter Tage leistet einen wichtigen Beitrag zur Entsorgungssicherheit der anfallenden Prozessabwässer der Kaliproduktion und verringert gleichzeitig die Umweltauswirkungen (Salzbelastung der Gewässer) erheblich. Zudem dient die Maßnahmen der Sicherung der Grube Springen, indem die eingeleiteten Salzabwässer den natürlichen Salzabfluss in das Grubengebäude eindämmen und dauerhaft zurückdrängen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation <b>zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

### **3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**

(Keine Dokumente vorhanden)

#### **4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**

(Keine Dokumente vorhanden)

## **5. Weitere Beiträge**

**(Keine Dokumente vorhanden)**

## **6. Diskussionsforum**

**(Keine Dokumente vorhanden)**